



AT/093/16



UWG Fraktion Marienheide, An Den Leyen 11, 51709 Marienheide

UWG Marienheide
Fraktion im Gemeinderat
Christian Abstoß
Vorsitzender

An den Leyen 11
51709 Marienheide

Tel: 0151 25373022
eMail: Christian-abstoss@t-online.de

Marienheide, 16. August 2016

Anträge und Fragen zur Sitzung des BPU am 24. August 2016
Zurückstellung der TOP 1-3 bis Abschluss des Integrierten Handlungskonzeptes.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Meisenberg,

die UWG Fraktion beantragt zur nächsten Sitzung des Bau-, Planungs-, Umweltausschusses,

die Entscheidung über die Tagesordnungspunkte Nr. 1 (HIT) sowie die weiteren Anträge Nr. 2 (Galerie zur Post, „Kälberweide“) sowie Nr.3 (Bau eines DM-Drogeriemarktes in der Hauptstraße) bis zum Abschluss des Integrierten Handlungskonzeptes zurückzustellen.

Auf Grund des ausstehenden Gutachtens welches nach Ihrer Information im Herbst abgeschlossen sein soll, halten wir die Rückstellung für einzig sinnvoll bis die Arbeiten durch das Büro Dr. Jansen beendet ist. Wir folgen damit auch der sachgerechten Argumentation der GRÜNEN, die diese bereits in der letzten Ratssitzung vertraten.

Mit Verwunderung haben wir aber überhaupt zur Kenntnis genommen, dass Sie das Ganze vor zwei Wochen in Bewegung gesetzt haben, indem Sie dem Gutachter, Herrn Geyer, plötzlich noch die neue Planung Pilatzki weiterreichten und Sie diese auf die Tagesordnung setzten. Dies entsprach nicht dem, was den Ratsfraktionen und vor allem den Bürgern zugesagt wurde. Sie haben vielfach betont, die Anträge würden nach dem Konzept besprochen. Wenn der richtige, genehmene Antragssteller kommt, richten sich also plötzlich nicht mehr die Anträge nach dem IHK, sondern das IHK soll dann doch die Anträge noch vor Fertigstellung berücksichtigen? Die Kanzlei CBH hatte Sie eindringlich vor solchen Vorgehen gewarnt.

Es ist leider dieselbe Geschichte wie im letzten Jahr, als sie die damalige Planung Pilatzki an den Gutachter weitergaben und diese plötzlich im Vorgutachten auftauchte. Ein Jahr lang hat es gedauert, bis Sie in der letzten Ratssitzung auf unsere Anfragen hin einräumten, dass Sie es waren. Und dann zwischenzeitliche Treffen mit den Herren Köser, an denen Herr Carsten Jäger teilnahm, „weil Herr Jäger die Herren Köser kennenlernen wollte“? Auch das erst auf Nachfrage eingeräumt? Ein solches Verhalten macht es schwer, Ihnen und Carsten Jäger noch unbeeinflusstes Handeln zuzumessen, wenn es um die Interessen der südlichen Bahnhofstraße geht. Die Befangenheitsregeln gilt für alle Ratsmitglieder.

Sollte es sich weiterhin bewahrheiten, dass es tatsächlich eine zweiseitige Vereinbarung REWE gibt, die den plötzlich behaupteten Versorgungsengpass ausschließt, so stellt sich die Frage, warum Sie den Gutachter, die Ratsmitglieder und Bürger nicht darüber aufgeklärt haben, sondern diese Drohung von Herrn Pilatzki – wider besseres Wissen – im Raum stehen ließen. Wir hatten Sie um Vorlage dieser Vereinbarung gebeten, diese wurde uns verweigert. Wir fragen jetzt noch einmal und bitten Sie die Ratsmitglieder wahrheitsgemäß zu informieren:

- 1) Gibt es eine zweiseitige Vereinbarung mit REWE, die ausschließt, dass es zu einer Versorgungslücke kommen kann? Insbesondere, dass REWE sich im Gegenzug für den Verzicht auf die Verlängerungsoption das Recht hat einräumen lassen, zu sehr günstigen Mietbedingungen den Markt weiterführen zu dürfen, bis überhaupt ein anderer Markt geöffnet haben sollte und den Kunden zugänglich ist?
- 2) Wieso wird plötzlich überhaupt von einem angeblich drohenden Versorgungsengpass gesprochen, wenn die gleichen Leute zugleich einen DM-Markt in der Hauptstraße blockieren wollen und es auch noch anderweitige Planungen für die Bahnhofstraße gibt? Das versteht kein Bürger mehr!
- 3) Gehören die im Antrag Nr. 2 genannten Flurstücke 2155, 2217 und 2218 AUS Flur 5 (nach dem Internetportal RIO Oberberg sind das mehr als 6000 qm) weiterhin der Gemeinde? Ist die einzige verbleibende Option (an 2217) mit der neuen Planung nicht mehr ausübbar? Sind es also vielmehr die Planungen Lichtinghagen (DM und Galerie zur Post), die das Grundstückseigentum zusammen haben, nicht wie vom CDU-Fraktionsvorsitzenden überall kolportiert, andersherum?
- 4) Falls eine oder beide der Fragen 1 oder 3 zu bejahen sind: Warum wurde dies dem Gutachter bei der Weiterleitung des Antrages Pilatzki (der sich u.a. auf die Option und einen vermeintlichen „Versorgungsengpass berief“) nicht mitgeteilt? Warum werden die Bürger und Ratsmitglieder über diese wesentlichen Punkte nicht aufgeklärt?

Mit freundlichen Grüßen
Christian Abstoß